

SÜDKURIER Medienhaus -

URL:

<http://www.suedkurier.de/region/schwarzwald-baar-heuberg/donaueschingen/So-viel-Geld-braucht-der-Mensch;art372512,3025725,0>

## So viel Geld braucht der Mensch

26.01.2008 02:18

### **Bildungswerke organisieren Diskussion mit vier Experten zum Thema Sozialstaat - Die Kernfrage: Reicht Hartz IV?**

Donaueschingen - Die Zukunft des Sozialstaates bewegt viele Bürger auch in Donaueschingen. Rund 50 Teilnehmer kamen nun zu einer Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema im evangelischen Gemeindehaus am Irmepark. Dort hatten das katholische und evangelische Bildungswerk im Rahmen der Reihe "Anstöße" zu einer Diskussionsrunde mit Experten eingeladen.

Karin Nagel moderierte die Diskussion und stellte die vier Referenten vor, die das Thema aus der Sicht der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft und der kirchlichen Sozialwerke darstellten. Hinter dem Titel der Veranstaltung "Wie viel Geld braucht der Mensch?" stand die Frage "Reicht Hartz IV?". Im Prinzip ja, meinte Jürgen Stach, Leiter des Kreissozialamtes. Allerdings seien die guten Grundsätze von Hartz IV in der konkreten rechtlichen Umsetzung zu einem bürokratischen Monster geworden, das entwürdigend für die Bedürftigen und so aufwändig für die Behörden sei, dass sie fast mit der Selbstverwaltung ausgelastet seien. Er wünschte sich die sozialen Hilfen "aus einer Hand".

Daniel Mouratidis als Sozialexperte und Landesvorsitzender der Grünen würde nicht die Geldtransfers an die Bedürftigen erhöhen, sondern lieber in die soziale und insbesondere Bildungs-Infrastruktur investieren. Darin stimmte ihm auch Rolf Böning von Südwestmetall zu. Als vorbildlich stellte Mouratidis die skandinavischen Staaten hin, wo 70 Prozent der Sozialausgaben in Infrastruktur und nur 30 Prozent in direkte Transfers fließen. So sprach er sich auch für Ganztagschulen aus, die eine wichtige Funktion als "Internat der Unterschicht" hätten.

Nach Ansicht von Reinhold Hummel von der Diakonie Schwenningen leidet der Sozialstaat nicht unter einem Ausgaben-, sondern einem Einnahmenproblem. Die Steuerentlastungen für die Wirtschaft und die Besserverdiener hätten zu großen Einnahmeausfällen geführt, die nun die sozial Schwächeren ausbaden müssten. Zwar bestritt er nicht den Einwand Bönings, die Besserverdiener trügen immer noch überproportional zum Steueraufkommen bei. Doch profitierten sie auch von staatlichen Leistungen: "Für zwei Opernbesuche schießt der Staat ebensoviel zu wie ein Hartz-IV-Empfänger im Monat bekommt." Hummel war auch der einzige Referent, der sich explizit für das Grundeinkommen aussprach, das der DM-Drogeriemarkt-Chef Götz Werner in die Diskussion gebracht hatte. Die gegenwärtige Sozialbürokratie sei entwürdigend für die Leistungsempfänger. Die Eingangsfrage, wie viel Geld der Mensch braucht, beantwortete er klar: 800 Euro im Monat.

Rolf Böning, der Geschäftsführer der Bezirksgruppe von Südwestmetall und damit dem größten Arbeitgeberverband, trennte scharf zwischen Lohn und Einkommen. Den Lohn dürfe nur der Markt beziehungsweise die Tarifpartner bestimmen. Der Staat habe sich da völlig rauszuhalten und dürfe keinen Mindestlohn bestimmen. Wo der Lohn nicht zu einem angemessenen Lebensunterhalt reiche, müsse der Staat zusätzliches Einkommen schaffen, wobei er die negative Einkommenssteuer als Instrument

bevorzuge. Dabei sei dies bei den Betrieben, die er vertrete, eigentlich kein Thema: "In der Metallindustrie beziehen auch einfache Arbeiter einen auskömmlichen Lohn."

In der Diskussion, an der sich viele Gäste engagiert beteiligten, spielte die wahrgenommene Ungerechtigkeit der zunehmenden Einkommensunterschiede eine große Rolle. Abfindungen für Manager in vielfacher Millionenhöhe und Managergehälter über dem hundertfachen eines Arbeiterlohns seien nicht vermittelbar, so die Meinung der Zuhörer. Es gab aber auch Beiträge, die die Maßlosigkeit der Konsumerwartungen kritisierten, die es früher so nicht gegeben habe. Reinhold Hummel erwiderte, um würdig auf etwas verzichten zu können, bedürfe es auch persönlicher Ressourcen. Oft können aber gerade Bedürftige nicht so gut mit Geld umgehen und seien auf Anerkennung angewiesen, die nur ein gewisses Konsumniveau vermittele. Für Gebildete sei es leichter, Konsum durch andere Werte zu ersetzen. Er trat auch dem Eindruck entgegen, Armut liege immer an persönlichen Defiziten. "Ich berate täglich Menschen, die sich sehr anstrengen und dennoch nicht auf einen grünen Zweig kommen", so Reinhold Hummel.

Jürgen Stach verwies auf den Verschiebepark der sozialen Leistungen. Bund, Länder und Gemeinden sähen jeweils die andere Ebene in der Pflicht und schoben sich wegen gemischter Zuständigkeiten gegenseitig den schwarzen Peter zu. Der Staat spare bei den Renten und laste dann später den Kommunen höhere Sozialhilfeleistungen an.

Bei der Rentensicherheit trat Daniel Mouratidis als jüngster Referent der verbreiteten Katastrophenstimmung entgegen. Seine Generation sei sich bewusst, dass sie im Normalfall mit 70 noch keine Rente beziehen werde, erklärte er.

Nach einer anregenden Diskussion schloss Karin Nagel den Abend mit dem Hinweis auf die nächste Diskussion in der Reihe: am 8. April geht es um das Thema "Ernährung zwischen Moral und Gesundheit".

Copyright © 2009 SÜDKURIER Medienhaus - Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung durch unberechtigte Dritte nur mit schriftlicher Genehmigung durch das SÜDKURIER Medienhaus.